



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

F/V/98

28. April 1950

Hinweise		
auf den Inhalt:	Zum SPD-Parteitag Hamburg	S.1
	Zensur in Österreich	S.3
	Auf Maikundgebungen sprechen:	S.4
	Anträge zum SPD-Parteitag	S.5
	Regierung contra dpa	S.5
	Neue Opfer für Schauprozesse	S.6
	Bach mit SED-Propaganda	S.7
	Keine Arbeiter für Nationale Front	S.7
	Nach Kriegsgefangene in Polen	S.7

Der Hamburger Parteitag

-dt. Zwischen dem Hamburger Parteitag der SPD vom 21. bis zum 25. Mai und dem letzten Parteitag in Düsseldorf liegen zwei Jahre.

Aus finanziellen und aus politischen Gründen - die Arbeiten des Parlamentarischen Rates standen vor dem Abschluss und die Bundestagswahlen vor der Tür - entfiel 1949 der jahresübliche Parteitag. Wohl trat zwischendurch einige Male der sogenannte Kleine Parteitag zusammen, bestehend aus Parteivorstand und Parteiausschuss, aber es war ein aus der Not an Zeit geborenes Surrogat, das die zentrale politische Bedeutung des ordentlichen Parteitages nicht aufwiegen kann. Rein materiell also hat sich für den Hamburger Parteitag allerhand angehäuft, was zu bereinigen und zu erledigen ist.

In den zwei vergangenen Jahren hat sich in Deutschland Vieles ereignet und vieles ist unterblieben. Es wäre müßig, darauf im einzelnen einzugehen; jeder Deutsche, ob Mitglied oder Anhänger der SPD oder nicht, hat die gewaltigen Veränderungen oder Unterlassungen selbst miterlebt oder miterlitten. Die SPD würde am tatsächlichen Leben vorbeigehen, und sie könnte keinen Anspruch darauf erheben, eine Partei des Volkes zu sein, würden sich nicht alle diese Dinge auf dem Parteitag widerspiegeln. Dass es so ist, zeigt das Programm von Hamburg; inwieweit es in den vergangenen zwei Jahren anders geworden ist, zeigt der Vergleich mit dem Programm von Düsseldorf;

Die Veränderungen kann man auf einen einfachen Nenner bringen: Zur Zeit des Düsseldorfer Parteitages gab es den Frankfurter Wirt-

schaftsrat, heute gibt es das, was man unter dem Begriff "Bonn" zusammenfasst - Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. Das zeigt schon

in der Begriffsbestimmung die Verlagerung des Schwergewichts auf das politische Feld. In Düsseldorf kam die Wirtschaftspolitik in zwei Re-

feraten zu Wort, im Bericht der Fraktion des Wirtschaftsrates (Herbert Kriedemann) und im wirtschaftspolitischen "Generalthema", im Referat

von Dr. Rudolf Zorn. Das wirtschaftspolitische "Generalthema" gibt es auch diesmal (Dr. Hermann Veit), aber was damals an politischem Gehalt

sich zwangsläufig in der Wirtschaftspolitik eine Heimstatt suchen musste, kommt nun im Bericht der Fraktion des Bundestages (Erich Ollenbauer

selbständig zum Tragen. Als weitere Neuerung und einem ausdrücklichen Wunsch des Düsseldorfer Parteitages entsprechend, kommt in Hamburg

die Kulturpolitik mit einem eigenen Referat zur Geltung. Eine Unterlassungssünde vergangener Parteitage wird damit gutgemacht. Der Name

des Referenten (Prof. Carlo Schmid) zeigt, dass sich die Kulturpolitik gleichrangig in das Gesamtgeschehen eingeschoben hat.

Das zentrale Referat, alle politischen Bereiche umfassend, ist Dr. Kurt Schumacher vorbehalten. Aber anders als in Düsseldorf, wo das

Referat Schumachers verlesen werden musste, weil der Autor krank in Hannover lag, wird Dr. Schumacher diesmal in Hamburg selbst sprechen.

Das gibt dem Referat stärker als in Düsseldorf den Charakter einer persönlichen Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit, pro-

jiziert auf den Hintergrund eines Parteitages der grössten deutschen Partei.

Wenn der Hamburger Parteitag über die Bühne geht, ist die Bundesregierung neun Monate im Amt. Ebenso alt ist die Rolle der SPD als

stärkste Oppositionspartei. Als bei den Bundestagswahlen die Entscheidung gegen die SPD fiel, mochte das viele enttäuscht haben, die die

grosse politisch-schöpferische Kraft in der SPD lieber am Steuerruder als am Querruder der westdeutschen Staatskonstruktion gesehen hätten.

Die Enttäuschten von damals sind inzwischen eines besseren belehrt worden. Die SPD hat in der Opposition nicht^s von ihrer politischen Gestal-

tungskraft eingebüsst, sie hat im Gegenteil im gleichen Masse gewonnen, wie den anderen, den Regierenden, der Vertrauensvorschuss vom 14.

August 1949 Stück für Stück in der Hand zerrann. Aber nicht an der inzwischen erwiesenen Sterilität der anderen, also an einer im Grunde

negativen Erscheinung, will die SPD ihr Können und ihr Wollen zeigen; an der eigenen, absoluten, schöpferischen Kraft wird sie demonstrieren, wo in Wahrheit die politisch gestaltenden Reserven Deutschlands liegen. In Hamburg sollen diese Reserven geweckt und gezeigt und von hier aus sollen sie entwickelt werden, bis die Stunde der SPD geschlagen hat. Das ist der tiefere Sinn des Hamburger Parteitages.

- o - o -

Wenn die Russen Dienst machen...
 Österreichische Zensur-Kuriositäten

-s. Wien, Ende April

"Wenn die Russen Dienst haben", muss man 24 Stunden oder etwas darüber auf eine Telefonverbindung zwischen Salzburg und Freilassing warten; zu Fuss braucht man vom Salzburger Stadtkern bis in den bayerischen Grenzort etwa eine Stunde. Die Situation ist so:

Das Telefongespräch geht ebenso wie ein Telegramm über das Post- und Telegraphenamt Wien-Schillerplatz, wo eine Zensurstelle eingerichtet ist. Die Angestellten dieses Prüfamtes sind Österreicher und Österreich muss sie auch bezahlen. Die Aufsicht führen die Alliierten, einen Tag die Russen, den nächsten die Amerikaner, dann die Engländer und Franzosen. Wenn man nun einen Tag einmal besonders lange warten muss, kann es geschehen, dass das Wiener Telefonfräulein empfiehlt, es doch am nächsten Tag zu versuchen. Sie sagt nicht warum. Begreiflich. Aber man weiss dann, dass gerade "die Russen Dienst machen". - Die Westmächte haben wiederholt (auf österreichische Initiative) ange-regt, die Zensurstelle aufzulassen. Aber die Sowjets sind dagegen.

In der österreichischen Ostzone besteht in ähnlicher Art auch eine Briefzensur, aber für Stichproben, von Österreichern auf Befehl und unter Aufsicht der Sowjets geführt. In den Westzonen bestehen keine österreichischen Zensurstellen, die Prüfungen der Alliierten selbst beschränken sich auf wenige Stichproben für Auslandspost (Deutschland, Japan), aber man braucht kaum mehr damit zu rechnen.

Was ist nun die Folge?

Der Wiener schickt seine Auslandspost dem Bekannten in Salzburg oder Graz und vermindert damit die Zensurwahrscheinlichkeit auf ein Minimum. Bei direktem Versand muss er immerhin noch mit der Möglichkeit einer Zensur kalkulieren und das ist bei Deutschlandbriefen wieder mehr die Verzögerung, bei Briefen in die volksdemokratischen Staaten immer-

hin ein gewisses Risiko, dem man gern ausweicht.

Sonst ist nach der Erfahrung schon zumindest eines Jahres für Briefe aus den österreichischen Westzonen in das Ausland, auch nach Deutschland, ein wirklich friedensmässiger Zustand hergestellt; man braucht nur den normalen Postlauf zu rechnen und ist auch höchst erstaunt, wenn ein Bekannter einmal einen Brief aus Deutschland als Kuriosum zeigt, weil er die bezeichnenden Zensur-Überklebe-Streifen trägt. Die Sowjetzeitungen bringen dann gern die Photokopie eines solchen Poststückes als Beweis, dass sie doch nicht die einzigen seien, die das Briefgeheimnis nicht wahren. Aber das sind, wie gesagt, jetzt schon postalische Seltenheiten, als zeitgemässe Sammlerstücke ähnlich gewertet wie philatelistische Ganzsachen.

- o - o -

Mitglieder des Parteivorstandes der SPD sprechen am 1.Mai auf folgenden Kundgebungen:

Erich Ollenhauer in Bonn; Willi Eichler in Köln-Dellbrück; Fritz Hensler in Süd-Dortmund; Jacob Meitmann am 30.April im Hamburger Gewerkschaftshaus, am 1.Mai in Hamburg-Beverode und Lübeck-Israelsdorf; Franz Neumann am 1.Mai, 16.00 Uhr vor den acht Kreisen des Ostsektors in der Halle der 4000 am Funkturm, 19.00 Uhr Kreisveranstaltung im Volkshaus Tiergarten; Prof.Carlo Schmid in Hildesheim und Hannover; Erwin Schöttle in Stuttgart, Bad Cannstatt und auf zwei weiteren Versammlungen im Wahlkreis; Waldemar v.Knöringen in München; Ernst Reuter in Berlin; Emil Gross in Celle, Steinhagen, Arndts- hausen und Bielefeld; Adolf Schönfelder in Hamburg; Robert Görlinger in Köln; Andreas Gayk in Kiel und Bonn.

Die Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes sprechen am 1.Mai auf folgenden Kundgebungen:

Dr.h.c.Hans Böckler, Vorsitzender des DGB, in Hannover und Braunschweig; Matthias Föcher, stellvertr.Vorsitzender des DGB, in Berlin (in Vertretung v.Min.Präs.Arnold); Georg Reuter, stellvertr.Vorsitzender des DGB, in Gelsenkirchen und Wuppertal; die Bundesvorstandsmitglieder Hans Böhm in Hamburg; Erich Bührig in Kiel; Hans vom Hoff in Bremen; Ludwig Rosenberg in Dortmund und Bochum; Thea Harmuth in Heidelberg, Albin Karl in Stuttgart; Willi Ginhold in Bielefeld, Willi Richter in Rüsselsheim bei Frankfurt; Irving Brown spricht als offizieller Vertreter des "Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften" in Berlin; Hans Gottfurcht vom "Internationalen Bund Freier Gewerkschaften" spricht um 10.00 Uhr auf dem Königsplatz in München.

- o - o -

Aus dem Arbeitsprogramm des SPD-Parteitag

sp. Die Sichtung der Anträge der Parteibezirke zum Parteitag der SPD in Hamburg ergibt eine Vorschau auf das umfangreiche Arbeitsprogramm dieser Tagung.

Dem neuen, vom Organisationsbüro des Parteivorstandes ausgearbeiteten Organisationsstatut haben die Parteibezirke eine Reihe von Änderungsanträgen beigelegt. Erfahrungsgemäss wird um die Formulierung von Paragraphen gern und ausgiebig diskutiert. Eine Reihe von Anträgen, die zugleich das Interesse der Parteimitgliedschaft an den aktuellen politischen Tagesereignissen bekunden, liegen z.B. zu folgenden Themen vor:

Festlegung einer parteioffiziellen Erklärung zum Gedanken Bundesstaat - Europa, Richterauswahl und -Bestellung, Abberufung von Richtern, Stellung der öffentlichen Angestellten und Beamten, ihre Überprüfung und Auswahl, Flüchtlingsausgleich, Hilfsmassnahmen für Watenstedt-Salzgitter, Verwaltungsreform (Beseitigung der nichtdemokratisch kontrollierten Mittelinstanzen, Regierungsbezirke), Einrichtung eines Gesundheitsministeriums und öffentlicher Gesundheitsdienste unter Selbstverwaltung, Beseitigung der Schifffahrtsbeschränkungen, Diäten der Abgeordneten, Stellungnahme zu Artikel 29 des Grundgesetzes (Ländergrenzen), Republik-Schutzgesetz, öffentliche Gemeinde- und Schulbibliotheken.

Viele Anträge befassen sich ausserdem mit der endgültigen Formulierung des Parteiprogrammes, der Forderung nach Ausbau der innerparteilichen Schulungsarbeit, der Herausgabe von Parteiliteratur, wobei besonders grundsätzliche und historische Themen gewünscht werden.

- o - o -

Bundespresseamt zahlt nicht

A.M. Nachrichten sind eine Ware und müssen wie Brötchen oder Wurst bezahlt werden. Brötchen werden ins Haus gebracht, Nachrichten funktelegraphisch durch den Äther verbreitet. Wer sich den erforderlichen Aufnahmeapparat kauft, kann zu Haus die wichtigsten Nachrichten aus aller Welt empfangen. Aber er muss sie dann auch an die Deutsche Presse-Agentur bezahlen, die unter hohen Unkosten die Nachrichten aus allen Ecken Deutschlands und der Welt zusammenholt.

Das Bundespresseamt hat die erforderlichen Aufnahmeapparate und es ist selbstverständlich, dass sie auf dem schnellsten Wege

alle Nachrichten erhält. Aber es ist auch ebenso selbstverständlich, dass sie diesen Nachrichtendienst bezahlt.

Die Deutsche Presse-Agentur ist nicht auf Rosen gebettet, sie braucht jeden Pfennig und schreibt daher an das Bundespresseamt einen höflichen Brief, in dem um Zahlung gebeten wird. Das Bundespresseamt schweigt sich aus. Nach einigen Wochen macht die Deutsche Presse-Agentur den letzten Vermittlungsvorschlag und bietet dem Bundespresseamt seinen gesamten Dienst zur beliebigen Verwertung für 10.000.—DM monatlich an. Das Bundespresseamt schweigt sich abermals aus, nimmt aber Tag und Nacht alle Nachrichten der Deutschen Presse-Agentur auf. Nach abermals einigen Wochen schreibt die Deutsche Presse-Agentur dem Bundespresseamt einen eingeschriebenen Brief und fordert das Bundespresseamt auf, die Aufnahme des dpa-Funkdienstes mit sofortiger Wirkung einzustellen. Auch diesmal erfolgt vom Bundespresseamt nicht das geringste, der dpa-Funkdienst wird weiter ungestört aufgenommen oder besser gestohlen, wie man nach dieser Aufforderung wohl sagen kann. Was denkt sich eigentlich die Bundesregierung? Wird sie schweigen, bis dpa sie verklagt?

- o - o -

Ostnachrichten:

Neue Opfer für Schauprozesse

(sp.) Dresden, im April

Während in Dessau der Schauprozess Herwegen vor sich geht, wird bereits ein weiterer Prozess vorbereitet. Vom Sächsischen

Textil-Kontor (STK) ist eine Reihe von leitenden Angestellten verhaftet worden. Dem Vorsitzenden der BG-Gruppe, Krepptner, wirft man

umfangreiche Unterschlagungen vor. Gegen die SED-Funktionäre Arnold, Brause und Hertel wurde ein Verfahren wegen Veruntreuung eingeleitet.

Alle drei Personen waren als Referenten beim Textil-Kontor tätig. Dem ehemaligen DWK-Hauptreferenten Herzberg, dem Min.Rat

Turpe von der Landesregierung Sachsen und der Direktion des STK (Sächsisches Textil -Kontor) wird die unrechtmässige Verwendung

von Textilmustern im Werte von 700.000 DM vorgeworfen. Diese Machenschaften hätten zu chaotischen Zuständen in der Textilproduktion

der sowjetischen Besatzungszone geführt.

Mit diesen neuen Enthüllungen will man die trostlose Lage auf dem ostzonalen Textilmarkt erklären. Für den zivilen Sektor stehen

immer noch wenig und qualitativ sehr schlechte Textilwaren zur Verfügung. Hauptbedarfsträger ist nach wie vor die Sowjetische Kontrollkommission und ihre Einkaufsgesellschaft GSOV. Einen wesentlichen Teil der Produktion nimmt auch die Aktion "Kerber" ein. Unter diesem Decknamen läuft das Programm zur Uniformierung der "Volks-Polizeiarmee".

- o - o -

Darunter kein Arbeiter...

Hennigsdorf. Obwohl in der Gemeinde zwei grosse Werke mit mehr als 10.000 Arbeitern liegen, befindet sich in dem Ortsausschuss der Nationalen Front bisher noch kein Arbeiter.

(Aus "Deutschlands Stimme" -Berlin-Ost- vom 21. April 1950).

- o - o -

Bach - Feiern mit SED-Richtlinien

sp. Nach Berichten aus der Sowjetzone wird die Gesellschaft für Musikforschung auf Verlangen des ostzonalen Bach-Ausschusses

nach dem in Lüneburg für die Zeit vom 16. - 20.7. geplanten musikwissenschaftlichen Kongress anlässlich des Bach-Jahres eine ähnliche

Tagung zwischen dem 23. und 27.7. in Leipzig veranstalten. Wie aus Leipzig verlautet, soll die dortige Tagung mit einer Festrede von

Prof. Blume, Kiel, am 23.7. eröffnet werden, während für die Hauptansprache Wilhelm Pieck in Aussicht genommen ist. Alexander Abusch

aus der Leitung des kommunistischen Kulturbundes ist bei den Leipziger Bach-Veranstaltungen für die Einhaltung der politischen Richt-

linien der SED verantwortlich. Im Rahmen der Leipziger Tagung ist ferner eine Ansprache von Oberkirchenrat Prof. D. Mahrenholz-Hannover

vorgesehen.

- o - o -

Immer noch Kriegsgefangene in Polen.

sp. Trotzdem Polen im Dezember 1949 erklärte, nur noch Kriegsgefangene, die als Kriegsverbrecher abgeurteilt würden, zurückzubehalten, sind am 21.4.1950 283 reguläre Kriegsgefangene zurückgekommen (SS und Polizei), die zumeist die ganzen Jahre ihrer Gefangenschaft in den oberschlesischen Kohlengruben gearbeitet haben.

Den Heimkehrern waren, wie die Kriegsgefangenenhilfe der SPD mitteilt, noch drei Arbeitslager bekannt, und zwar die Lager 27/I/3 Brzecczoze mit 480 Kriegsgefangenen, 27/I/1 Myslowice mit 530 Kriegsgefangenen, VI/2 Milowitz mit 273 Kriegsgefangenen. Wie die Heimkehrer berichten, sollen diese Männer in den nächsten Tagen auch noch zur Entlassung gebracht werden.

- o - o -

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt